

Protokoll

35. Sitzung des Ausschusses f. Stadtentwicklung u. Umwelt

Sitzungstermin: Donnerstag, 16.04.2026

Sitzungsbeginn: 18:02 Uhr

Sitzungsende: 20:45 Uhr

Ort:

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Ralf Bergander

stv. Vorsitzender

Herr Andreas Quebbemann

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Karl-Georg Görtemöller

Frau Anette Marewitz

Herr Winfried Müller

Herr Oliver Neils

bis TOP 14

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Heiner Hundeling

Herr Ernst-August Rotherth

Mitglieder Fraktion B 90/Die Grünen

Herr Jens Kerntopf

Frau Barbara Pöppe

Mitglieder FDP-Fraktion

Frau Anette Staas-Niemeyer

Bürgervertreter gem. § 71 (7) NKomVG

Herr Rüdiger Albers

Herr Volker Schulze

Herr Laurentius Stuckenberg

Sonstiges Mitglied gem. § 71 (4) NKomVG

Frau Silke Kuhlmann

Gäste

Frau Gia Huy Le

Herr Johannes Jacos

Miquel Monte

Herr Daniel Nordmann

Vertr. Jugendparlament zu TOP 6

zu TOP 5

Vertr. Jugendparlament zu TOP 6

zu TOP 5

Verwaltung

Herr BD Christian Müller

Herr BGM Heiner Pahlmann

Frau Mara Reining

Frau Greta Thyen

Frau Stefanie Uhlenkamp

Herr Cornelis van de Water

bis TOP 7

Vertr. Jugendparlament zu TOP 6

Vertr. Jugendparlament zu TOP 6

Protokollführerin

Frau Anja Vogt

Tagesordnung:

ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 29.01.26 und 05.03.26
4. Einwohnerfragestunde
5. Feststellung der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Bramsche WP 21-26/0873 gemäß § 20 NKlimaG und § 13 WPG
6. Mobilität in Bramsche / Präsentation der Umfrageergebnisse des Jugendparlaments
7. Sachstand Projekt Moin-Plus / LÜTTI
8. 55. Flächennutzungsplanänderung OT Bramsche (Bereich B-Plan WP 21-26/0877 207) Sanierungsgebiet Bahnhofsumfeld
Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB
9. Bebauungsplan 207 "Sanierungsgebiet Bahnhofsumfeld - Lindenquartier" mit örtlichen Bauvorschriften WP 21-26/0878
Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB
10. Informationen der Verwaltung
11. Anfragen und Anregungen
12. Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil:

TOP 1	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
-------	--

Vors. Bergander eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2	Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
-------	---

Vors. Bergander stellt die Tagesordnung fest.

TOP 3	Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 29.01.26 und 05.03.26
-------	--

Vors. Bergander lässt über das Protokoll vom 29.01.26 abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 10 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Enthaltungen

Vors. Bergander lässt über das Protokoll vom 05.03.26 abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 9 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 2 Enthaltungen

TOP 4	Einwohnerfragestunde
-------	----------------------

Keine

TOP 5	Feststellung der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Bramsche gemäß § WP 21-26/0873 20 NKlimaG und § 13 WPG
-------	--

Beschlussvorschlag:

1. Der als Anlage beigefügte Abschlussbericht zur kommunalen Wärmeplanung in der Fassung vom 12.03.2026 wird als fachliche und strategische Grundlage für die künftige Wärmeversorgung im Stadtgebiet festgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse des Wärmeplans gemäß § 13 Abs. 4 WPG innerhalb eines Monats nach Beschlussfassung ortsüblich bekannt zu machen und dauerhaft auf der Internetseite der Stadt zu veröffentlichen.
3. Die im Abschlussbericht definierten Maßnahmen und Prioritäten (insb. die Fokusgebiete für Wärmenetze) sind bei künftigen Stadtplanungen, Bauleitplanverfahren und energetischen Quartierskonzepten als strategische Leitlinie zu berücksichtigen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die kommunale Wärmeplanung gemäß den gesetzlichen Vorgaben des § 13 Abs. 2 WPG spätestens alle fünf Jahre unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen zu überprüfen und fortzuschreiben.
5. Die Verwaltung wird angewiesen, auf Basis der Fokusgebiete zeitnah zu prüfen, ob für bestimmte Teilbereiche eine Ausweisung als Neu- oder Ausbaugbiet für Wärmenetze gemäß §

26 WPG erfolgen kann, um für Hauseigentümer Rechtsklarheit im Sinne des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) zu schaffen.

BD Müller erläutert kurz den Rahmen des Kommunalen Wärmeplans, mit dem eine klimaneutrale und kosteneffiziente Wärmeversorgung der Stadt Bramsche gesichert werden kann. Dieser „strategische Kompass“ schafft Planungssicherheit für Bürger, Energieversorger und Handwerk gleichermaßen. Mit der Feststellung erfüllt die Verwaltung zudem die gesetzliche Pflicht des Bundes-Wärmeplanungsgesetzes, das eine Umsetzung bis spätestens 2028 fordert.

Herr Jacobs, Greenventory, erläutert anhand der dem Protokoll anhängenden Präsentation die wesentlichen Inhalte und Ziele des Planwerkes. Herr Nordmann, Stadtwerke Bramsche, ergänzt die Ausführungen durch ausführliche Informationen zu den im Planwerk aufgeführten Wärmequartieren.

Auf redaktionellen Hinweis von RM Marewitz wird die fehlende Ortsangabe „Lappenstuhl“ auf Seite 33 ergänzt.

RM Hundeling hinterfragt die Strategie der Stadtwerke beim Stromnetzausbau.

Herr Nordmann teilt mit, dass sich die Machbarkeitsstudien in Bearbeitung befinden. Wärmenetze sind technisch überall umsetzbar, die Bezahlbarkeit steht jedoch im Vordergrund.

Die Anschlussleistung in der Niederspannung steigt laut Prognosen auf das Sechs- bis Achtfache, sodass intelligente Stromnetze sowie langfristig neue Kabel und zusätzliche Ortsnetzstationen erforderlich sind. Die Planung erfolgt vorausschauend.

RM Stuckenberg fragt, wann konkret damit gerechnet werden kann, das erste Wärmenetz anzubieten.

Herr Nordmann teilt mit, dass ein Wärmenetz frühestens in fünf Jahren realisierbar ist.

RM Quebbemann appelliert an die Stadtwerke, sich auf künftige Geschäftsmodelle auszurichten und die Menschen aktiv zu unterstützen.

RM Hundeling teilt mit, dass von der CDU-Fraktion einer strategischen Leitlinie für die städtebauliche Planung aufgrund der vakanten Themen im Außenbereich nicht zugestimmt werden kann. Man setzt auf die gesetzlichen Regelungen, den Markt und auf die Bürger.

Vors. Bergander lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 8 Stimmen dafür
 3 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 6	Mobilität in Bramsche / Präsentation der Umfrageergebnisse des Jugendparlaments
-------	---

Das Team des Jugendparlamentes stellt das Umfrageergebnis anhand einer Präsentation vor (s. Anlage).

Der Lütüti ist aus Sicht von RM Stuckenberg eine interessante Ergänzung, der reguläre ÖPNV bleibt jedoch die Basis. Er fordert, die Grundmobilität in Ueffeln wiederherzustellen und kündigt einen entsprechenden Antrag im Ortsrat Ueffeln an.

Vors. Bergander bedankt sich bei den Vertretern des Jugendparlamentes für die Vorstellung in der Ausschuss-Sitzung.

TOP 7	Sachstand Projekt Moin-Plus / LÜTTI
-------	-------------------------------------

Herr van de Water berichtet zum aktuellen Stand des Projekts Lütüti. Ziel des letzten Beschlusses war die Entwicklung eines deutlich günstigeren Konzepts mit vergleichbarem Komfort. Dazu laufen Gespräche mit dem Landkreis. Diskutiert wird unter anderem die weitere Finanzierung durch den Landkreis. Da der Kreistag eine Förderung von 20 % der Kosten, maximal 200.000 € pro Kommune, beschlossen hat, wird sich der Finanzierungsanteil der Stadt nur geringfügig reduzieren.

Zudem konnte die 2€-Teuerungsrate (Tarifsteigerung) für Wochenenden umgesetzt werden; diese gilt seit dem 01.04.2026. Mit Taxi- und Busunternehmen wurden bereits verschiedene Betreibermodelle besprochen. Die Gespräche führt die Stadt gemeinsam mit dem Landkreis, dem Referat Strategie und der PlaNOS. Der Landkreis Osnabrück ist als Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr und das Grundnetz zuständig, die Stadt Bramsche für die Haltestellen.

Hintergrund ist die Neuvergabe der auslaufenden Konzession VOS-Nord durch den Landkreis. Vorgehen ist eine dreijährige Verlängerung mit den bestehenden Linien und einigen Anpassungen. So soll die Linie 610 künftig durch Wallenhorst führen, zudem ist für die Strecke Alfhausen–Bramsche eine regelmäßige Taktlinie geplant. Hier wird die Stadt Bramsche noch intervenieren.

In den kommenden drei Jahren soll gemeinsam mit den Kommunen ein Modell für den 5. Nahverkehrsplan entwickelt werden. Dabei geht es unter anderem um die zukünftige Ausgestaltung der Linie 610 sowie um Bedarfsverkehre (On-Demand), um Leerfahrten zu vermeiden. Auch das Grundnetz soll überarbeitet werden, damit Bürgerinnen und Bürger – etwa in Ueffeln – ganzjährig (noch) besser angebunden sind.

Durch den Ausbau des Ganztagsunterrichts an Grundschulen wird sich zudem der Schulbusverkehr verändern und am Nachmittag ausgeweitet werden. Das Grundnetz finanziert der Landkreis, zusätzliche Angebote müssen von den Kommunen getragen werden. Offene Fragen zu den Konzessionen sollen noch geklärt werden.

RM Stuckenberg spricht die Linie 610 an, die bis vor 5 Jahren über Ueffeln gefahren ist und dort zurzeit gar nicht mehr fährt. Er fragt, ob diese wieder über Ueffeln fahren kann und nicht über Voltlage.

Herr van de Water antwortet, dass dieses Thema mit dem Landkreis besprochen werden muss. Es wurde angegeben, dass Ueffeln künftig angebunden werden muss, auch außerhalb der Ferienzeit. Die Kritik ist beim Landkreis angekommen, man muss beim ÖPNV anders denken, es wird den ÖPNV allerdings nie zum Nulltarif geben, es handelt sich um eine Daseinsvorsorge und die kostet Geld.

RM Pöppe dankt Herrn van de Water für den Sachstand und fragt nach den Ergebnissen der Gespräche mit den Taxiunternehmen.

Herr van de Water antwortet, dass die ortsansässigen Taxiunternehmen vom Landkreis Osnabrück angesprochen wurden, da dieser Träger des ÖPNV ist, es wurde auch intern mit Fa. Beckermann gesprochen.

BGM Pahlmann bedankt sich bei den Vertreterinnen und Vertretern des Jugendparlaments für ihr Interesse am ÖPNV sowie bei Herrn van de Water für die Vorstellung des komplexen Themas. Aktuell wird über eine mögliche dreijährige Verlängerung der Konzession gesprochen. Dieser Zeitraum soll genutzt werden, das Konzept für die VOS Nord neu zu entwickeln.

Bereits im vergangenen Jahr wurde deutlich, dass sich das System Lütli grundsätzlich bewährt hat, jedoch weiterentwickelt werden muss. Der On-Demand-Verkehr soll dennoch fortgeführt und gefördert werden.

Klar ist jedoch auch, dass sowohl für die Stadt als auch den Landkreis höhere Kosten entstehen werden. Weitere Informationen sollen nach den nächsten Gesprächen mit dem Landkreis folgen, wobei laufende Verhandlungen nicht vollständig öffentlich gemacht werden können.

RM Pöppe berichtet von einem Bürgerbus in Glandorf, der dort sehr gut funktioniert und fragt, ob das auch für Bramsche angedacht wurde.

Herr van de Water antwortet, dass er auch von einem Bürgerbus in Mettingen weiß, der von ehrenamtlichen Fahrern betrieben wird, aber auch da zahlt man 3€. Ein Bürgerbus muss bezahlt werden und ist mit dem Monats- oder Schülerticket nicht fahrbar.

Vors. Bergander stellt fest, dass dies eine gute Anregung über Bramsche hinaus ist, über die man nachdenken sollte.

RM Quebbemann bedankt sich für die offene und klare Darstellung von Herrn van de Water. Aus seiner Sicht ist die Situation eine Bankrotterklärung der ÖPNV-Politik der Landrätin. Genau die Punkte, die angesprochen worden sind, waren die Punkte, die dazu geführt haben, dass die CDU-Fraktion dem 5. Nahverkehrsplan im Kreistag nicht zugestimmt hat.

Nach wie vor sind zentrale Fragen ungeklärt, etwa zur konkreten Ausgestaltung und Finanzierung des On-Demand-Verkehrs. Auch die Stadt Bramsche muss klären, ob und wie der Lütli finanziert werden kann. Zudem kritisiert RM Quebbemann, dass selbst grundlegende Daten, wie Fahrgastzahlen einzelner Linien, nicht von der PlaNOS vorgelegt werden konnten, sondern von Herrn van de Water bei den Busunternehmen eingeholt werden mussten.

RM Görtemöller merkt an, dass man gerade vom Thema Lütli abweicht und in den Wahlkampf einsteigt. Herr van de Water hat das komplexe Thema vorgestellt, wenn man es beim Landkreis begleitet, ist es noch komplizierter und verworrener, er ist aber der Ansicht, dass man die Ruhe bewahren sollte und der PlaNOS und VOS Vertrauen entgegenbringen, damit für die Bevölkerung etwas halbwegs Bezahlbares auf den Weg gebracht werden kann.

BGM Pahlmann kritisiert die Ankündigung von RM Quebbemann, dass die Kreis-CDU einer weiteren Finanzierung des Lütli für Bramsche auf Kreisebene nicht zustimmen wird. Sollte das Angebot fortgeführt werden, müsste die Stadt die Kosten selbst tragen. Zudem hält er die Kritik an der Landrätin im Ausschuss für unangebracht und betont, dass Kreistagsmitglieder aus Bramsche die Interessen der Stadt Bramsche vertreten sollten.

RM Quebbemann entgegnet, dass die zusätzliche Co-Finanzierung im Kreistag zunächst nur für ein Jahr vorgesehen gewesen ist. Eine dauerhafte Finanzierung ausschließlich für Melle und Bramsche hält er gegenüber den übrigen Kommunen im Landkreis für nicht vermittelbar. Entscheidend ist letztlich die Höhe des gesamten ÖPNV-Budgets, das von den Steuerzahlern getragen wird.

Zudem weist RM Quebbemann den Vorwurf zurück und kündigt eine klare Positionierung der CDU-Fraktion zum Thema Lütli an. Eine vollständige Finanzierung des On-Demand-Verkehrs durch den Landkreis hält er für unrealistisch.

BGM Pahlmann betont, dass es ihm um die zukünftige Ausrichtung des ÖPNV geht. Melle und Bramsche sollen den anderen Kommunen beispielhaft zeigen, wie das On-Demand-System funktionieren kann. Auch der 5. Nahverkehrsplan sieht entsprechende Angebote an weiteren Standorten vor. Das Ziel ist es, die Testphase fortzuführen, Schwächen des Systems zu identifizieren, Kosten zu senken und Finanzierungsmöglichkeiten zu entwickeln. BGM Pahlmann bedauert, dass RM Quebbemann das Thema als Bramscher für den Kreistag aus seiner Sicht zu stark zuspitzt.

TOP 8	55. Flächennutzungsplanänderung OT Bramsche (Bereich B-Plan 207) Sa- nierungsgebiet Bahnhofsumfeld Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffent- lichkeit und der Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB	WP 21-26/0877
-------	---	---------------

Beschlussvorschlag:

1. Eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB wird durchgeführt.
2. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, werden gem. § 4 (1) BauGB in Verbindung mit § 3 (1) BauGB unterrichtet und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB aufgefordert.

BD Müller stellt den Verwaltungsvorschlag zum Bebauungsplan 207 vor. Dieser dient als Diskussionsgrundlage für die anstehende Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung. Die politische Abwägung und die finale Entscheidung über die Festsetzungen erfolgen im Rahmen der späteren politischen Beschlüsse. Der Bebauungsplanentwurf setzt für das Plangebiet ein Urbanes Gebiet (MU) gemäß § 6a BauNVO fest. Diese Gebietskategorie ermöglicht eine dichte, funktionsgemischte Nutzung und bildet die Grundlage für eine moderne „Stadt der kurzen Wege“. Um dabei eine geordnete Entwicklung zu sichern, wird die Wohneinheitenanzahl teilweise begrenzt, während in den Bereichen MU1, MU2 und MU10 bewusste Spielräume für Nachverdichtung bleiben. Ein zentrales Element ist das autoarme Konzept: Öffentliche Flächen dienen primär der Erschließung und dem Rad- oder Fußverkehr, während auf Parkplätze im Straßenraum verzichtet wird.

Die Vorzüge dieses urbanen Quartiers liegen insbesondere in der hohen Lebensqualität durch kurze Distanzen zwischen Wohnen, Arbeiten und Nahversorgung, einer effizienten Flächennutzung sowie einem verbesserten Mikroklima. Letzteres wird durch umfangreiche ökologische Festsetzungen wie Dach- und Fassadenbegrünung, den Verzicht auf Schottergärten und ein dezentrales Regenwassermanagement sichergestellt. Zudem wird die nachhaltige Energieerzeugung durch die Kombination von Solaranlagen und Gründächern aktiv gefördert.

RM Müller sieht in dem Bereich gute Entwicklungsmöglichkeiten.

Frau Kuhlmann begrüßt die fortschrittliche Planung eines urbanen Gebietes in Bramsche und freut sich auf die Weiterentwicklung.

RM Staas-Niemeyer bewertet die Planungen sehr positiv.

RM Quebbemann merkt an, dass sich aus dem sich anschließenden Verfahren noch Änderungen ergeben können.

Vors. Bergander lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 11 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 9	Bebauungsplan 207 "Sanierungsgebiet Bahnhofsumfeld - Lindenquartier" WP 21-26/0878 mit örtlichen Bauvorschriften Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB
-------	--

Beschlussvorschlag:

3. Eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB wird durchgeführt.
4. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, werden gem. § 4 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 1 BauGB unterrichtet und zur Äußerung der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert.

Vors. Bergander lässt über den B-Plan 207 nach vorheriger Vorstellung durch BD Müller abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 11 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 10	Informationen der Verwaltung
--------	------------------------------

BD Müller berichtet von Planungsabsichten Dritter. Anhand einer Karte erläutert er die Planungen für eine Freiflächen-PV-Anlage im Privilegierungsbereich entlang der Bahn in Pente. Geplant sind sogenannte Solartische auf rund 7,5 ha Ackerfläche.

Anhand eines Lageplanes stellt BD Müller den flächenmäßigen Umfang eines weiteren FFPV-Projektes in Schleptrup im Privilegierungskorridor an der Autobahn A1, in unmittelbarer Nähe der Wohnbebauung vor. Das Vorhaben befindet sich zurzeit noch in der Projektierungsphase. Eine Information der Anlieger soll nach Auskunft der Projektierer erfolgen. Eine konkrete Ausarbeitung und Beantragung der Anlage wird frühestens zum Jahresende erwartet.

BD Müller berichtet von einer 3. Anlage, über die er erst kürzlich in Kenntnis gesetzt wurde, die sich weiter im Norden befindet, der Investor hat bereits Kontakt aufgenommen, es wird ein Gespräch geben und dann im Ausschuss darüber berichtet.

RM Neils teilt mit, dass er und seine Fraktion die Vorhaben kritisch sehen. Die aus Berlin vorgegebenen Rahmenbedingungen entsprechen nicht den Erwartungen; aus seiner Sicht wären mehr Differenzierungen und Abwägungsmöglichkeiten für die Kommunen notwendig gewesen. Die SPD-Fraktion würde die Vorhaben ablehnen, wenn es rechtlich möglich wäre.

RM Görtemöller kritisiert aus landwirtschaftlicher Sicht die Nutzung fruchtbarer Böden für PV-Anlagen. Er verweist auf die Aussage, dass PV-Anlagen auf Dächer gehören und nicht auf Ackerland, und bedauert die Herausnahme von Produktionsflächen, auch im Hinblick auf globale Ernährungssituationen.

RM Quebbemann erklärt, dass CDU und SPD in diesem Punkt nah beieinanderliegen und warnt vor großflächigen PV-Anlagen in Wohnnähe. Er kritisiert Eingriffe in die Landschaft bei gleichzeitig ungenutzten Dachpotenzialen.

RM Staas-Niemeyer fasst zusammen, dass auf Bundesebene eine Energiewende herbeigeführt werden sollte, ohne die Bevölkerung mitzunehmen.

RM Hundeling merkt an, dass Flächeneigentümer, die ihre Flächen zur Verfügung stellen, nicht diskreditiert werden sollen.

TOP 11	Anfragen und Anregungen
--------	-------------------------

RM Kuhlmann erkundigt sich nach den unbewohnten Gebäuden im Eigentum der Stadt Bramsche an der Lindenstraße und fragt, wann mit den geplanten Abbruchmaßnahmen begonnen wird.

BD Müller antwortet, dass damit noch vor den Sommerferien zu rechnen ist.

TOP 12	Einwohnerfragestunde
--------	----------------------

Eine Bürgerin berichtet von der Besichtigung des Kellerraumes im Raschgebäude. Sie fragt, ob man diesen historischen Schatz aus Sicht der Stadt ähnlich wie ein Museum oder auch als eine Gaststätte erhalten kann.

BD Müller berichtet von Abstimmungen zwischen der Eigentümerfamilie, einer Stiftung und der Verwaltung, um genau solch eine Idee umsetzungsfähig zu machen.

Eine Bürgerin erkundigt sich nach etwaigen Planungen auf dem Grundstück der Familie Dallmann am Lidl-Kreisel.

BD Müller antwortet, dass er leider über private Flächen in einer öffentlichen Sitzung keine detaillierten Informationen geben darf. Er geht aber davon aus, dass in Kürze Entwicklungsabsichten vorgestellt werden können.

Eine Bürgerin erwähnt, dass sie den Abschlussbericht zur Wärmeplanung lesen möchte, die Bilder im RIS online aber nicht zu erkennen sind.

Vors. Bergander antwortet, dass die Information an das Ratsbüro weitergegeben wird. (Nach Prüfung des Ratsbüros wurden keine technischen Probleme festgestellt, der Abschlussbericht und die entsprechenden Bilder sind im RIS lesbar).

Ralf Bergander
Vorsitzender

Verwaltung

Anja Vogt
Protokollführerin